



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Eberhard Rotter, Erwin Huber, Josef Zellmeier, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Robert Brannekämper, Alexander Flierl, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Martin Schöffel, Dr. Harald Schwartz, Angelika Schorer, Peter Tomaschko, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**

Erfolgreiche bayerische Wohnraumförderung fortsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Anstrengungen der Staatsregierung zur Verbesserung der Wohnraumversorgung namentlich in den Ballungsräumen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Wohnraumversorgung der Bevölkerung sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum durch zielgerichtete Maßnahmen der Wohnungspolitik weiterhin zu verbessern. Es muss bezahlbarer Wohnraum erhalten und der Neubau von Wohnungen forciert werden. Dazu soll sich die Staatsregierung beim Bund dafür einsetzen, dass die degressive Abschreibung für Mietwohnneubauten wieder eingeführt wird.

Begründung:

Die Staatsregierung hat wichtige Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum ergriffen: So wurde beispielsweise die Geltungsdauer des Zweckentfremdungsgesetzes verlängert, die Erhöhung des Wohngelds wurde auf den Weg gebracht, die Umsetzung der Mietpreisbremse wird folgen. Die Mittel für die Wohnraumförderung sind im Ländervergleich auf hohem Stand. Gleichwohl fehlt in den Ballungsräumen preisgünstiger Mietwohnraum, insbesondere für Familien mit Kindern. Infolge der wachsenden Zahl anerkannter Asylbewerber spannt sich die Wohnraumversorgung dort zusätzlich an. Aber auch der ländliche Raum darf keinesfalls vernachlässigt werden. Der ländliche Raum muss in seiner Funktion als Wohnstandort weiter gestärkt werden, um Abwanderungstendenzen in die Ballungszentren entgegenzuwirken.

Der Wohnraumbedarf wird absehbar weiter steigen. Eine Entspannung des Wohnungsmarkts kann wirksam nur durch eine verstärkte Bautätigkeit herbeigeführt werden. Angesichts beschränkter staatlicher Mittel muss die Initiative hierfür auch von privaten Investoren ausgehen. Durch eine Verbesserung der Investitionsbedingungen sollen Investoren ermutigt werden, ihr Augenmerk verstärkt auf den privaten Wohnungsbau zu richten.

Eine Neuauflage der degressiven Abschreibung für Mietwohnungsneubauten ist der richtige Weg, um den aktuellen Problemen auf dem Mietwohnungsmarkt zu begegnen. Ein höherer Anteil an Wohnungsneubauten mit aktuellen Energiestandards führt zudem zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und unterstützt die Energiewende. Die steuerliche Förderung soll jedenfalls mindestens Verdichtungsräume und Tourismusgebiete erfassen, in denen eine Mangelsituation an Mietwohnungen und ein hohes Mietpreisniveau besteht.